

AXA Bank AG

Geschäftsbericht 2017



Maßstäbe / **neu definiert**

Inhalt

AUFSICHTSRAT	4
VORSTAND	5
LAGEBERICHT	6
Grundlagen der Gesellschaft	6
Struktur und Organisation	6
Geschäftstätigkeit	6
Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	6
Mitarbeiter	7
Verbands- und Vereinszugehörigkeit	7
Erklärung zur Unternehmensführung	7
Wirtschaftsbericht	8
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	8
Geschäftsverlauf	9
Vermögenslage	10
Ertragslage	11
Finanzlage	12
RISIKOBERICHT	13
Risikomanagementsystem	13
Grundlagen	13
Risikostrategie	13
Risikogrundsätze	14
Risikosteuerung	14
Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess	15
Risikokapitalsteuerung	16
Risikoarten	16
Adressenausfallrisiko	17
Marktpreisrisiko	18
Liquiditätsrisiko	18
Operationelles Risiko	19
Sonstiges Risiko	19
Zusammenfassung	19
Aktuelle Risikosituation	20
Prognose- und Chancenbericht	21
Ausblick auf das Geschäftsjahr 2018	21
Chancenbericht	22
JAHRESABSCHLUSS	23
Bilanz zum 31. Dezember 2017	23

Aktiva.....	23
Passiva.....	24
Anhang.....	26
Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung.....	26
Angaben zur Bilanz.....	29
Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung.....	33
Sonstige Angaben.....	34
Konzernzugehörigkeit.....	35
Abschlussprüferhonorar.....	35
Geschäfte mit nahestehenden Personen.....	35
Aktive latente Steuern.....	35
Ausschüttungsgesperrte Beträge.....	36
Nachtragsbericht: Ereignisse nach dem Abschlussstichtag.....	36
Länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country-Reporting).....	36
Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.....	37
Zusammensetzung des Aktienkapitals.....	37
VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS.....	38
BERICHT DES AUFSICHTSRATS.....	44
IMPRESSUM.....	46

AUFSICHTSRAT

Zusammensetzung nach § 285 Nr. 10 HGB

Dr. Patrick Dahmen

Vorsitzender

Mitglied des Vorstandes der AXA Konzern AG

Bonn

Dr. Nils Kaschner

stellv. Vorsitzender

Mitglied des Vorstandes der AXA Konzern AG

Köln

Christian Hein

Leiter EVT (Exklusiv Vertrieb)

Bad Homburg

bis 23. Oktober 2017

Andreas Meier

Angestellter (Arbeitnehmersvertreter)

Hannover

Rolf Scheuber

Angestellter (Arbeitnehmersvertreter)

Pulheim

Jens Warkentin

Mitglied des Vorstandes der AXA Konzern AG

Köln

VORSTAND

Zusammensetzung nach § 285 Nr. 10 HGB

Frank Tressat
Sprecher des Vorstandes

Florian Frenzel

Jan Metzging

Klaus Schön

LAGEBERICHT

„Beschleunigung des Wachstums, Investitionen in die Zukunft“

Grundlagen der Gesellschaft

Struktur und Organisation

Die AXA Bank AG ist Bestandteil des Vorsorge- und Vermögensmanagements des AXA Konzerns und Plattform für die vom deutschen AXA Konzern angebotenen Bankprodukte. Die Bank ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der AXA Konzern AG und untersteht der Leitung von vier Vorständen.

Geschäftstätigkeit

In ihrem Geschäftsbereich Einlagen deckt die AXA Bank den Anlagebedarf der Kunden im kurz- und mittelfristigen Bereich mit täglich verfügbaren Tagesgeld- sowie Festgeldkonten ab. Zusätzlich beinhaltet die Produktpalette der AXA Bank das kurz- bis mittelfristig ausgerichtete Produkt konto360°, das Bestandteil des ganzheitlichen Beratungskonzeptes plan360° des AXA Konzerns ist. Mit diesem Konzept sollen die Bedürfnisse der Kunden für eine optimale Ruhestandsplanung durch zugeschnittene Anlage-, Versicherungs- und Vorsorgeprodukte abgedeckt werden.

Zur mittel- bis langfristigen Geldanlage bei der AXA Bank stehen den Kunden im Geschäftsfeld Depotgeschäft auch fondsgebundene Vermögensverwaltungskonzepte zur Verfügung. Darüber hinaus fungiert die Bank als Vermögens- und Depotverwalter für Fondsanteile von privaten und institutionellen Kunden. Den Kunden stehen Fonds von ca. 70 Kapitalverwaltungsgesellschaften zur Auswahl.

Im Geschäftsfeld Kredit betreibt die AXA Bank im Langfristbereich Baufinanzierungsgeschäft bis zu 80 % des Marktwertes bzw. der angemessenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten einer Immobilie mit attraktiven Konditionen und flexiblen Rahmenbedingungen. Für die kurz- und mittelfristige Finanzierung im Privatkundensegment werden besicherte Privatdarlehen angeboten.

Das Geschäftsfeld Treasury investiert die überschüssige Liquidität der Bank in Kapitalanlagen mit einem angemessenen Risiko-Rendite-Profil und sorgt für eine professionelle Zins- und Liquiditätssteuerung.

Die Vertriebspräsenz wird durch rund 4.000 Exklusivvermittler der AXA und zusätzlich durch unabhängige Makler und Mehrfachagenten gesichert. Die Bank verfügt darüber hinaus über ein eigenes Online Portal für Einlagen- und Kreditprodukte.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Seit dem 15. Mai 2003 besteht ein Beherrschungsvertrag mit der AXA Konzern AG als herrschender Gesellschaft.

Mitarbeiter

Die AXA Bank beschäftigte am Ende des Berichtsjahres 38 Mitarbeiter (2016: 38 Mitarbeiter). Die kommenden Herausforderungen für die gesamten AXA Gruppe erfordern die unveränderte Bereitschaft aller Mitarbeiter zur Gestaltung und Veränderung in den kommenden Jahren.

Für das große Engagement und die geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr gilt allen Mitarbeitern unser Dank.

Verbands- und Vereinszugehörigkeit

Unsere Gesellschaft ist Mitglied des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. und des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes e.V. Außerdem ist die AXA Bank Mitglied des Einlagensicherungsfonds deutscher Banken.

Erklärung zur Unternehmensführung

(§ 289f Abs. 4 HGB)

Der Vorstand der AXA Bank AG hat sich gemäß § 76 Abs.4 AktG verpflichtet, bis zum 30.09.2019 30 % der 1. Führungsebene unterhalb des Vorstands mit weiblichen Führungskräften zu besetzen. Der Frauenanteil in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands soll mangels ausreichender Anzahl von entsprechenden Führungspositionen im selben Zeitraum bei 0 % liegen.

Der Aufsichtsrat der AXA Bank AG hat gemäß § 111 Abs.5 AktG beschlossen, dass aufgrund der aktuellen Laufzeiten von Vorstands- und Aufsichtsratsmandanten bis zum 31.12.2021 mindestens 0 % der Mitglieder des Vorstands und bis zum 30.09.2019 0 % der Mitglieder des Aufsichtsrats Frauen sind.

Wirtschaftsbericht

Die Entwicklung unserer Gesellschaft fand im Geschäftsjahr 2017 in nachfolgend beschriebenem Umfeld statt:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

„Deutsche Wirtschaft wächst 2017 kräftig“

Die deutsche Wirtschaft zeigte sich im Jahr 2017 sehr robust. Die Zeichen standen auf Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr und wuchs damit das achte Jahr in Folge. Kalenderbereinigt errechnet sich laut Statistischem Bundesamt sogar eine höhere BIP-Wachstumsrate von 2,5 %, da im Jahr 2017 rechnerisch drei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen als im Vorjahr.

Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von 1,3 % lag.

Die Wachstumsimpulse kamen 2017 vorrangig aus dem Inland. Die privaten Konsumausgaben lagen preisbereinigt um 2,0 % höher als im Vorjahr, wobei die staatlichen Konsumausgaben mit 1,4 % unterdurchschnittlich stiegen. Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhten sich 2017 überdurchschnittlich um 3,0 %. In Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde preisbereinigt 3,5 % mehr investiert als im Vorjahr.

Erbracht wurde die Wirtschaftsleistung von im Jahresdurchschnitt 44,3 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland. Das waren nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 638.000 oder 1,5 % mehr als im Jahr zuvor. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Dieser Anstieg resultiert aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland gleichen altersbedingte demografische Effekte aus.

Im Jahresdurchschnitt 2017 waren in Deutschland nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 2.533.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Damit reduzierte sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 158.000 und die Arbeitslosenquote sank um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %.

Die Verbraucherpreise in Deutschland erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2017 um 1,8 % gegenüber 2016 und damit stärker als in den letzten vier Jahren. Von 2014 bis 2016 hatte die Jahresteuersatzrate sogar jeweils unterhalb von einem Prozent gelegen.

Zum Ende des dritten Quartals 2017 belief sich das Geldvermögen der privaten Haushalte nach Angaben der Deutschen Bundesbank auf 5.779 Mrd. Euro. Ende des 3. Quartals 2016 hatte das Geldvermögen

5.468 Mrd. Euro betragen. Die Mittel flossen mit 18 Mrd. Euro erneut vor allem in Bargeld und Einlagen, gefolgt von Ansprüchen gegenüber Versicherungen, die in Höhe von 15 Mrd. Euro erworben wurden. Obgleich auch das Engagement in Aktien und Investmentfondsanteilen erneut deutlich erhöht wurde, hielt die Präferenz der privaten Haushalte in Deutschland für liquide und risikoarme Anlagen weiter an.

Die Niedrigzinspolitik stellt die Bankenbranche weiter vor große Herausforderungen. Zwar wird an der einen oder anderen Stelle bereits über einen möglichen Ausstieg aus der ultraexpansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank diskutiert, eine Zinswende ist aber aktuell nicht absehbar.

Die Digitalisierung in der Bankenbranche schreitet mit großen Schritten voran. Sie verändert die Branche grundlegend und mit hoher Geschwindigkeit. Geschäftsmodelle, Strukturen und Vertriebskanäle stehen dabei gleichermaßen auf dem Prüfstand. Wichtige Zukunftsthemen für den Sektor sind Big Data, Blockchain, künstliche Intelligenz und Cybercrime.

Die Entwicklung auf den Kapitalmärkten war in 2017 von großer Konstanz geprägt. Der EZB-Rat beließ die Leitzinsen das ganze Jahr unverändert. Der Hauptrefinanzierungszinssatz lag im gesamten Kalenderjahr 2017 bei 0 %, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität lagen bei 0,25 % und – 0,40 %. Der EZB-Rat hielt zudem an der Erwartung fest, dass die Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden.

An den internationalen Aktienmärkten schlugen sich die günstigen Konjunkturperspektiven in höheren Gewinnerwartungen nieder, wodurch die Kurse überwiegend zulegten und sowohl in Deutschland als auch in den USA vorübergehend neue Höchststände erreichten.

Geschäftsverlauf

„Weitere Ausweitung des Kreditgeschäfts sowie deutlich gesteigertes Provisionsergebnis bei sinkenden Verwaltungskosten“

Wegen des niedrigen Zinsumfeldes suchten die Kunden nach sicheren Anlagemöglichkeiten und sind durchaus bereit, sowohl im kurzfristigen als auch im mittelfristigen Bereich Einlagen zu tätigen. Die Kundenverbindlichkeiten konnten bei den täglich fälligen Einlagen auf 388 Mio. Euro (2016: 359 Mio. Euro) und bei den Einlagen mit vereinbarten Laufzeiten auf 382 Mio. Euro (2016: 233 Mio. Euro) gesteigert werden. Die im Rahmen der Konzernstrategie erfolgten Umwandlungen von Bankeinlagen in Lebens- und Rentenversicherungsverträge lagen mit ca. 80 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahr (2016: 49 Mio. Euro).

Im Fondsbereich wurde das in 2016 eingeführte Vermögensverwaltungskonzept - insbesondere als fondsgebundene Rentenversicherung - im Exklusivvertrieb überaus positiv aufgenommen und verzeichnete mit 378 Mio. Euro (2016: 271 Mio. Euro) deutliche Zuwächse.

Im Finanzierungsbereich hat die Bank im Jahr 2017 das Kreditneugeschäft (Immobilienfinanzierungen und besicherte Privatdarlehen) mit insgesamt 199 Mio. Euro (2016: 173 Mio. Euro) Zusagevolumen nochmals deutlich ausgebaut.

Durch die Ausweitung des Geschäftsvolumens, die anhaltende Fokussierung auf ertragreiches Geschäft sowie einen Rückgang der Risikovorsorge und durch höhere Netto-Erträge aus den Provisionsgeschäften und eine Reduzierung der Verwaltungsaufwände konnte ein erneut positives Ergebnis in Höhe von 3,5 Mio. Euro (2016: 1,1 Mio. Euro) erwirtschaftet werden. Die Eigenkapitalrentabilität stieg von 1,9 % in 2016 auf 6,2 % in 2017.

Der Jahresüberschuss wird mit 3,5 Mio. Euro ausgewiesen. Der Gewinnverwendungsvorschlag sieht die Ausschüttung einer Dividende von insgesamt 3.508.400,- Euro vor.

Vermögenslage

Zum Jahresende 2017 beliefen sich die Forderungen an Kunden auf 655,8 Mio. Euro (2016: 514,0 Mio. Euro). Die Forderungen bestehen mit 495,3 Mio. Euro (2016: 341,4 Mio. Euro) im Wesentlichen aus Immobilienkrediten sowie mit 49,5 Mio. Euro (2016: 45,1 Mio. Euro) aus Privatdarlehen. Der Anstieg bei den Immobilienkrediten, als auch der Privatdarlehen, gegenüber dem Vorjahr ist auf den Ausbau des Neugeschäftes zurückzuführen. In den Forderungen an Kunden ist ein nachrangiges Darlehen an die Deutsche Ärzteversicherung AG, Köln, in Höhe von 10,0 Mio. Euro enthalten. Der Bestand der von der Bank angekauften Policendarlehen ist mit insgesamt 109,1 Mio. Euro (2016: 123,2 Mio. Euro) durch höhere Tilgungen leicht rückläufig.

Die kurzfristigen Forderungen gegenüber Kreditinstituten betragen zum 31. Dezember des Geschäftsjahres 6,9 Mio. Euro (2016: 5,9 Mio. Euro).

Der Wertpapierbestand belief sich Ende 2017 auf 241,8 Mio. Euro gegenüber 313,5 Mio. Euro im Vorjahr. Dem Anlagevermögen sind unverändert 32,2 Mio. Euro zugeordnet, die restlichen Wertpapiere sind der Liquiditätsreserve als Teil des Umlaufvermögens zugeordnet. Es handelt sich ausschließlich um Wertpapiere von öffentlichen Emittenten mit einer kurzen und mittleren Laufzeit oder einer variablen Verzinsung.

Die Einlagen unserer Kunden haben sowohl kurzfristigen als auch mittelfristigen Charakter. Der Bestand täglich fälliger Verbindlichkeiten in diesem Bereich lag zum Jahresende mit 387,9 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahreswert von 358,6 Mio. Euro. Bei den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit konnte ein Anstieg von 233,2 Mio. Euro im Vorjahr auf 381,8 Mio. Euro am Jahresende erreicht werden.

Der Bestand der fondsgebundenen Vermögensverwaltung sank um 9,5 % auf insgesamt 23,0 Mio. Euro (2016: 25,4 Mio. Euro); im klassischen Depotgeschäft verminderten sich die verwalteten Bestände um 3,2 % auf 111,7 Mio. Euro (2016: 115,5 Mio. Euro).

Über alle Anlageprodukte hinweg erhöhten sich die Kapitalanlagen von Kunden deutlich auf insgesamt 695,0 Mio. Euro (2016: 626,8 Mio. Euro).

Zur Refinanzierung des langfristigen Kreditgeschäftes wurden bis Mitte 2009 Kreditforderungen an die AXA Lebensversicherung AG verkauft. Darüber hinaus erfolgt die Refinanzierung durch Schuldscheindarlehen und kurzfristige Geldanlagen der AXA Konzerngesellschaften. Die Liquidität im kurz- bis mittelfristigen Bereich wird durch den Bodensatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und durch die Aufnahme von kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten über Geldhandelsgeschäfte gesichert. Die Liquidität der Bank war im Geschäftsjahr stets gewährleistet.

Ertragslage

Das **Zinsergebnis** ist im Vergleich zum Vorjahr mit 16,1 Mio. Euro (Vorjahr 16,8 Mio. Euro) um 0,7 Mio. Euro leicht zurück gegangen. Die Zinserträge aus dem Baufinanzierungsgeschäft konnten zwar weiter gesteigert werden, konnten aber den Zinsrückgang im Wertpapiergeschäft nicht ganz ausgleichen. Sowohl die Zinsaufwände bei den Kundeneinlagen, als auch die Refinanzierungskosten bei den Schuldscheindarlehen blieben weitestgehend unverändert. Insgesamt erwirtschaftete die Bank ein weiterhin stabiles Zinsergebnis in einem schwierigen Zinsumfeld.

Das **Provisionsergebnis** ist mit 4,9 Mio. Euro gegenüber 2,7 Mio. Euro im Vorjahr deutlich angestiegen, insbesondere durch höhere Erträge aus dem Vertrieb von Investmentfondsanteilen, die sich um 1,6 Mio. Euro auf 7,7 Mio. Euro gesteigert haben. Das allgemeine Provisionsergebnis aus dem eigenen Kreditgeschäft hat sich trotz Zahlung von Vermittlerprovisionen aus dem stark angestiegenen Kreditneugeschäft deutlich von -2,9 Mio. Euro auf -2,3 Mio. Euro reduziert.

Die **allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** sind im Wesentlichen bedingt durch einmalige Restrukturierungskosten in Höhe von 2,5 Mio. Euro, sowie IT-Projektkosten für die Migration des Kreditverwaltungssystems (1,7 Mio. Euro) in 2016 um 5,3 Mio. Euro zurück gegangen. Die darin enthaltenen Personalkosten sind um 0,3 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr (3,7 Mio. Euro) auf 3,4 Mio. Euro zurückgegangen.

Unter Berücksichtigung von Höheren Risikovorsorgen, von Eingängen auf abgeschriebene Forderungen sowie von Direktabschreibungen beläuft sich der **Bewertungsaufwand aus dem Kreditgeschäft** auf 2,3 Mio. Euro und liegt damit über dem niedrigen Niveau des vergangenen Jahres (Vorjahr 0,4 Mio. Euro).

Insgesamt erzielte die Bank aufgrund des stabilen Zinsergebnisses, des gestiegenen Provisionsergebnisses und der geringeren Verwaltungsaufwände wiederum ein **positives Ergebnis** von 3,5 Mio. Euro. Der Bilanzgewinn wird mit 3.508.852,15 Euro ausgewiesen.

Die **Gesamtkapitalrendite** (Jahresüberschuss / Bilanzsumme) betrug am 31. Dezember 2017 0,37 % gegenüber dem Vorjahr mit 0,13 %.

Finanzlage

Kapitalstruktur und Gewinnverwendung

Die Eigenmittel reduzierten sich im Laufe des Geschäftsjahrs durch die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,1 Mio. Euro und erhöhten sich am Ende des Geschäftsjahrs durch das Jahresergebnisses um 3,5 Mio. Euro auf insgesamt 59,6 Mio. Euro. Der Gewinnverwendungsvorschlag sieht die Ausschüttung einer Dividende von insgesamt 3.508.400,- Euro vor.

Die zum Bilanzstichtag ermittelte Kapitalrelation gemäß Capital Requirements Regulation (CRR) Artikel 92 Abs. 2, Buchst. c betrug 17,12 % und lag im abgelaufenen Jahr stets über der vorgeschriebenen Mindestrelation von 8 %, sowie 9 % inklusive des SREP-Zuschlages.

Liquidität

Zum Jahresende 2017 betrug die Liquidity Coverage Ratio (LCR) 331,65 %.

Vergleich der prognostizierten und der tatsächlichen Entwicklung

Die prognostizierte starke Ausweitung des Kreditneugeschäfts sowohl für Hypothekendarlehen als auch für Konsumentenkredite wurde mit fast 200,0 Mio. Euro Neugeschäft fast genau erreicht. Die sehr geringe geplante Ausweitung des Einlagengeschäftes in Höhe von 6,0 Mio. Euro wurde wegen der Bereitschaft der Kunden auch Gelder zu einem sehr niedrigen Zinssatz anzulegen mit insgesamt 67,5 Mio. Euro deutlich überschritten. Das geplante Zinsergebnis wurde durch geringere Zinserträge bei den Wertpapieranlagen und höhere Refinanzierungskosten bei Swapgeschäften nur leicht verfehlt. Das Provisionsergebnis konnte in 2017 um mehr als 2 Mio. Euro gesteigert werden und hat den Erwartungswert genau getroffen. Die Eigenkapitalrentabilität und das Ergebnis nach Steuern mit 3,5 Mio. Euro haben fast exakt den prognostizierten Wert erreicht.

RISIKOBERICHT

Risikomanagementsystem

Grundlagen

Als Bank ist es unser Kerngeschäft, kontrolliert Risiken entsprechend renditeorientierter Vorgaben einzugehen. Ein zentraler Erfolgsfaktor ist die Fähigkeit, die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Chancen und Risiken zu erkennen und zu nutzen. Auf Basis der Risikomessung und unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Kapitalausstattung sollen geeignete Steuerungs- und Überwachungsprozesse eine langfristig positive Entwicklung sicherstellen. Der Erfolg der Bank hängt somit wesentlich von der Fähigkeit ab, die eingegangenen Risiken wirksam zu erkennen, zu steuern und zu überwachen. Dies ist die Aufgabe des Risikomanagements.

Die Basis stellt die vom Vorstand aufgestellte und mit dem Aufsichtsrat abgestimmte Geschäfts- und Risikostrategie dar, die sich konsequent von der AXA Konzernstrategie ableitet. Hierbei wird ein konservativer Geschäftsansatz als oberstes Prinzip der Risikobegrenzung zugrunde gelegt.

Risikostrategie

Im Sinne eines konservativen Geschäftsansatzes betreibt die AXA Bank ausschließlich standardisierte und risikoarme Bankgeschäfte mit Privatkunden. Diese sind in die Geschäftsfelder Kreditgeschäft und Geldanlage unterteilt. Daneben besteht das Geschäftsfeld Treasury zur Steuerung der Aktiv- und Passivseite.

Im Kreditgeschäft vergeben wir private Baufinanzierungen und Privatdarlehen. Des Weiteren kaufen wir Policendarlehen aus dem Konzern an. Durch ein Bürgschaftsrahmenabkommen mit den AXA Lebensversicherungsgesellschaften wird die Deckungsstockfähigkeit der Baufinanzierungen aus dem Versicherungsportfolio erreicht. Die sich hieraus ergebenden Bürgschaftsverpflichtungen sind unter dem Bilanzstrich vermerkt.

Das Geschäftsfeld Geldanlage konzentriert sich auf das Einlagengeschäft, die Depotführung für Privatkunden und eine fondsbasierte Vermögensverwaltung.

Das Treasury ist konservativ ausgerichtet, aus diesem Grund ist das Geschäftsfeld bei der Geldanlage auf die Produkte Interbankengeldanlagen, öffentlich rechtliche Wertpapiere, gedeckte Pfandbriefe und bei der Geldaufnahme auf die Produkte Interbankenkredite, Termingeldaufnahmen und Schuldscheindarlehen begrenzt, wobei bevorzugt auf AXA konzerninterne Refinanzierungen zurückgegriffen wird.

Die Bank betreibt ein aktives Liquiditätsmanagement, verzichtet aber auf spekulativen Geldhandel und führt kein Handelsbuch. Auch bei den Zinsänderungsrisiken verfolgen wir im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung einen sicherheitsorientierten Ansatz. Derivate setzen wir nur in Form von einfachen Zinsswaps ein.

Für die Einführung neuer Produkte, für Tätigkeiten auf neuen Märkten, sowie Risiken aus wesentlichen Änderungen ist ein Anpassungsprozess etabliert, bei dem neben den betroffenen Fachbereichen, das Risikomanagement, Compliance und die Revision mitwirken. Ziel der Analyse Anpassungsprozesse ist die vo-

rausschauende Ermittlung möglicher Risiken und bei wesentlicher Veränderung der Risikolage, die Auslösung einer Ad-hoc-Risikoinventur zur Neubewertung der Risikolage.

In der Risikostrategie werden, im Einklang mit der Geschäftsstrategie, die risikostrategischen Leitplanken definiert. Der Risikoappetit wird dort festgelegt als maximales Risiko, das die Bank bei dem Verfolgen ihrer Geschäftsziele einzugehen bereit ist und das sie eingehen kann, ohne existenzielle Bedrohungen herbeizuführen. Die risikostrategischen Ziele, neben der Gewährleistung der Risikotragfähigkeit, sind das Sicherstellen einer angemessenen Liquiditäts- und Kapitalausstattung sowie die Wahrung der Reputation. Diese Ziele sollen durch einen grundsätzlich konservativen Geschäftsansatz sichergestellt werden.

Risikogrundsätze

Zur Steuerung und Kontrolle der Risiken hat die AXA Bank neben der Verantwortung der Geschäftsleitung, die die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener interner Kontrollverfahren umfasst, eine klare Organisationsstruktur, mit der die Rollen und Verantwortlichkeiten aller am Risikosteuerungsprozess Beteiligten klar definiert sind. Hierzu zählt auch die Entwicklung, Förderung und Integration einer angemessenen Risikokultur.

Durch sinnvolle und risikoadäquate Aufgabenteilung zwischen den eingebundenen Bereichen erfolgt eine Funktionstrennung, um die Objektivität sicherzustellen und gleichzeitig Interessenkonflikte zu vermeiden.

Ein einheitlicher Prozess zur Festlegung von Limiten gilt für alle wesentlichen und quantifizierbaren Risikoarten und enthält die Messung und laufende Überwachung der Risiken. Quantifizierbare wesentliche Risiken werden durch Risikolimiten begrenzt. Der Vorstand genehmigt die Risikolimiten, die in die ökonomische Risikotragfähigkeitsberechnung einfließen. Das Risikocontrolling verantwortet die Identifikation, die Analyse sowie die Messung der Risiken und überwacht bzw. aktualisiert die Risikoparameter und Risikomodelle.

Risikosteuerung

Im jährlichen oder bei Bedarf ad hoc durchzuführenden Prozess der Risikoinventur wird sichergestellt, dass alle relevanten Risikoarten identifiziert und bezüglich ihrer Wesentlichkeit bewertet werden. Die Einschätzung der Wesentlichkeit richtet sich hierbei nach der Frage, ob das Eintreten des Risikos mittel- oder unmittelbar einen maßgeblichen negativen Einfluss auf die Risikotragfähigkeit haben könnte.

Um die Qualität der Risikosteuerung sicherzustellen, werden die im Rahmen der Messung, Steuerung und Zusammenführung aller Risikoarten eingesetzten Verfahren kontinuierlich weiterentwickelt sowie an die sich ändernden Marktgegebenheiten angepasst.

Die Strategien werden von der Geschäftsleitung jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Anpassungen erfolgen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen.

Risiken werden nur in einem angemessenen Chancen-Risikoverhältnis eingegangen. Sie werden regelmäßig überwacht und durch interne Limite gesteuert und begrenzt. Limite sind aus der Risikodeckungsmasse abgeleitet und sichern die Risikotragfähigkeit.

Beobachtungskennzahlen und davon abgeleitete Frühwarnindikatoren sowie kritische Werte ermöglichen das frühzeitige Erkennen von Risiken und die Einleitung von Steuerungsmaßnahmen.

Die Simulation von verschiedenen Szenarien für die wesentlichen Risikokategorien dient der Quantifizierung des möglichen Risikopotenzials.

Die für die wesentlichen Risiken festgelegten Maßnahmen für Krisensituationen und die Ad-hoc-Berichterstattung bei der Erreichung von Frühwarnindikatoren und kritischen Werten sichern den notwendigen Informationsfluss und die strukturierte Bewältigung von möglichen Krisensituationen.

Die interne Revision überwacht als unternehmensinterne Stelle im Auftrag des Vorstandes die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und Risikocontrolling sowie das interne Kontrollsystem (IKS). Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit wird die interne Revision auch beratend und projektbegleitend tätig.

Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess

Im Rahmen des Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesses werden Risiken frühzeitig erkannt und in ihrer Wirkungsweise analysiert. Das Risikocontrolling nimmt eine quantitative und qualitative Einschätzung der Risiken vor. Die quantifizierbaren wesentlichen Risiken werden in der Risikotragfähigkeitsberechnung zusammengeführt.

Alle Limite werden im Rahmen des Kapitalallokationsprozesses abgeleitet und über einheitliche Limitstrukturen auf Einzelrisikolimite verteilt. Diese Einzellimite werden aggregiert in ein Kredit- und ein Handelslimit, die jeweils einem Limitverantwortlichen zugeordnet werden. Unterjährige Anpassungen der Einzellimite können die Limitverantwortlichen, im Rahmen ihres Gesamtlimits eigenständig vorschlagen und durch die Geschäftsleitung genehmigen lassen.

Die genehmigten Limite aller Risikoarten werden laufend überwacht und einer qualitativen Kontrolle unterzogen. Die operationellen Risiken werden durch regelmäßige Überprüfung der Systeme, Prozesse, Produkte und Aktivitäten hinsichtlich potenzieller Risiken für den laufenden Geschäftsbetrieb ermittelt.

Im Rahmen der Risikosteuerung werden geeignete Strategien und Maßnahmen zur Risikobegrenzung getroffen. Die aktive Risikosteuerung umfasst Maßnahmen zu Risikodiversifikation, Risikotransfer und Risikovorsorge. Zur indirekten bzw. passiven Risikosteuerung hat die Bank Risikovermeidungs- und Risikomindeungsstrategien entwickelt.

Regelmäßig werden Aufsichtsrat, Geschäftsleitung und die Fachverantwortlichen innerhalb des Konzerns und der Bank über die Ergebnisse des Risikocontrollings hinsichtlich der Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie der operationellen Risiken informiert.

Das Risikomanagement fasst die Risikoarten zusammen und ermittelt die aktuelle Risikostruktur, Risikoauslastung sowie Risikotragfähigkeit.

Zusätzlich besteht ein Frühwarnsystem, das Beobachtungskennzahlen für die einzelnen Risikoarten vorsieht, von denen Frühwarnwerte und kritische Werte abgeleitet werden. Die Erreichung der Frühwarnwerte, der kritischen Werte und der Limite lösen Ad-hoc-Mitteilungen aus, die die Berichterstattung abrunden.

Im Rahmen dieser Berichterstattung schlägt das Risikomanagement gezielte Maßnahmen zur Risikosteuerung vor und dokumentiert deren Wirksamkeit.

Risikokapitalsteuerung

Um die Risikotragfähigkeit zu beurteilen, wird die Summe der aktuell gemessenen Einzelrisiken vierteljährlich mit der Risikodeckungsmasse abgeglichen. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, solange die Summe der Risikopotenziale aus den einzelnen Risikoarten die Risikodeckungsmasse nicht überschreitet.

Die Risikodeckungsmasse setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital, Kapital- und Gewinnrücklagen, laufendem Ergebnis nach Bewertung bis zur maximalen Höhe der geplanten Gewinnthesaurierung, stillen Reserven in Wertpapieren und der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB sowie einem Abzugsposten für aktive latente Steuern.

Bei den stillen Reserven der Wertpapiere werden lediglich die Wertpapiere der Liquiditätsreserve betrachtet. Von den Reserven werden anhand der gültigen Steuerquote die erwarteten Ertragssteuern abgezogen. Bei dem laufenden Ergebnis handelt es sich um das bereits nach derzeitiger Bilanzierung realisierte Nachsteuerergebnis.

Zur Steuerung der Risikoarten wurden für die Einzelrisiken Risikolimits definiert. Die Addition dieser Einzelwerte stellt die Risikoobergrenze dar. Die Risikolimits werden jährlich im Rahmen des strategischen Planungsprozesses überprüft und vom Vorstand beschlossen.

Die Gesamtauslastung der Limits wird mindestens vierteljährlich ermittelt. Bei der Ermittlung werden risikomindernde Korrelationseffekte nicht berücksichtigt.

Risikoarten

Als wesentliche Risiken wurden die Adressenausfallrisiken, die Marktpreisrisiken, die operationellen Risiken und die Liquiditätsrisiken definiert.

Die Risikomessung der wesentlichen Risiken erfolgt grundsätzlich mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einer Haltedauer von 250 Tagen. Die einzige Ausnahme ist die Haltedauer bei den Spread-Risiken, die mit 60 Tagen angesetzt wird.

Die Ermittlung der Adressenausfallrisiken erfolgt über einen Credit-Value-at-Risk-Ansatz auf Basis eines einfachen Gordy-Modells. Die Granularität des Portfolios wird mittels des Herfindahl-Hirschmann-Indexes berücksichtigt. Die benötigten Ausfallwahrscheinlichkeiten und Ausfallquoten werden bei den Kreditrisiken aus den historischen Ausfällen abgeleitet, bei den Emittenten- und Kontrahentenrisiken greifen wir auf eine aktuelle S&P Studie aus 2015 zurück, die auf einer Datenhistorie ab 1981 basiert.

Die Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken ermitteln wir über Value-at-Risk-Verfahren auf Basis historischer Simulationen. Bei den Zinsänderungsrisiken, den Spread-Risiken und Liquiditätsrisiken greifen wir einheitlich auf eine 5 jährige Datenhistorie zurück.

Operationelle Risiken werden als Abzugsbetrag über den aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz ermittelt.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko umfasst sowohl das Bonitätsrisiko von Kreditnehmern und institutionellen Kontrahenten als auch den möglichen Verlust aufgrund eines Ausfalls vertraglicher Leistungen eines Geschäftspartners. Das Kreditrisiko und das Counterparty Risiko von institutionellen Kontrahenten und Emittenten stellen den überwiegenden Teil des Adressenausfallrisikos dar.

Die Bank erreicht die angestrebte Risikobegrenzung im Kreditgeschäft durch die Beschränkung auf private Kunden, die Limitierung von Darlehen und Kreditlinien für Kreditnehmer sowie eine Beschränkung auf die Besicherung durch ausschließlich wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien bzw. durch bankübliche liquide Sicherheiten.

Der abschließende Kreditentscheidungsprozess ist größenabhängig gestaffelt und bezieht den Vorstand ein. Ab einer festgelegten Engagementshöhe ist der Kreditausschuss des Aufsichtsrates zu informieren bzw. dessen Zustimmung einzuholen. Hierbei wird explizit auf die Trennung von Akquisitions- und Kreditentscheidungskompetenz geachtet.

Die Bonitätsbeurteilung sowie die Beurteilung der Werthaltigkeit der Sicherheiten der Engagements werden in einem standardisierten Verfahren dokumentiert. Die Risikoüberwachung umfasst neben einem automatisierten Mahnwesen auch die anlassbezogene Überprüfung der Bonitätsbeurteilung.

Sofern bei einem Kreditengagement in der Problemkreditbearbeitung mit einem Volumen von mehr als 200 T€ Ausfälle drohen, werden im Rahmen einer Bestandsaufnahme und gesonderten Berichterstattung ("Risikovorsorgebogen") die Sicherheiten neu bewertet. Hierbei sind die aktuellen Verwertungsmöglichkeiten und die von der Bank vorgegebenen maximalen Beleihungsgrenzen zugrunde zu legen. Sofern der Wert der Sicherheiten das Engagement nicht abdeckt, wird der Risikovorsorgebedarf ermittelt und den Vertretern der jeweiligen Kompetenzstufe zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Bank prüft bei Krediten der Intensivbetreuung ab 300 T€, inwiefern auf Engagement Ebene Einzelwertberichtigungsbedarf besteht.

Problemkredite unter 200 T€, Kredite in der Intensivbetreuung unter 300 T€ und Kredite der Mahnstufen 1 bis 3 werden pauschal einzelwertberichtigt. Ein Engagement in der Problemkreditbearbeitung mit einer Inanspruchnahme unter 200 T€ ist zur individuellen Risikobetrachtung vorzusehen, wenn der drohende Verlust den bestehenden pauschalierten EWB-Anteil um mehr als 50 T€ übersteigt.

Ein Risikovorsorgebedarf ab 100 T€ ist dem Gesamtvorstand unverzüglich mitzuteilen. Einzelwertberichtigungen ab einer Höhe von 100 T€ genehmigt der jeweilige Ressortvorstand. Die für eine Erhöhung der EWB notwendige Kompetenz richtet sich nach der Gesamtwertberichtigung.

Unterhalb einer Bagatellgrenze von 10 T€ bildet die Bank keine Risikovorsorge. Bei einem Forderungsausfall erfolgt hier eine Direktabschreibung.

Zur Steuerung der Kreditrisiken hat die Bank ein Sollkreditportfolio definiert, das die strategische Planung der Geschäftsleitung in mehreren Kennzahlen abbildet. Im Rahmen des Kreditrisikocontrollings wird quartalsweise ein Kreditrisikobericht erstellt, der die Entwicklungen überwacht, kommentiert und mit dem Sollkreditportfolio abgleicht. So wird überprüft, ob die Kreditrisikostrategie eingehalten wurde. Über die Ergebnisse werden Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig und ausführlich informiert, so dass eine Überwachung und Steuerung der Kreditrisiken gewährleistet ist.

Die Steuerung der Counterparty Risiken von Emittenten und Kontrahenten erfolgt über die Vergabe von Gesamt- und Einzellimiten. Gesamtlime begrenzen Anlagekategorien, Einzellime dienen der Risikosteuerung in Bezug auf einzelne Emittenten und Kontrahenten.

Die Limitvergabe erfolgt über einen definierten Prozess, der zwischen einem ratingbasierten Rahmen- und Einzelbewilligungsprozess unterscheidet. Die Bewilligung erfolgt beim Rahmenbewilligungsprozess durch den Ressortvorstand, beim Einzelbewilligungsprozess durch den Gesamtvorstand mit Zustimmung des Kreditausschusses des Aufsichtsrates.

Die Ziele der Risikosteuerung der Adressenausfallrisiken der Bank bestehen im Wesentlichen in der Begrenzung von Konzentrationsrisiken für bestimmte Kundengruppen und der strikten Auswahl der einzelnen Kreditnehmer. In Bezug auf die Wertpapiere geht die AXA Bank bewusst ein gewisses Adressenausfallrisiko zur Steigerung des Zinsergebnisses ein.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko beinhaltet im Wesentlichen das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch und das Spread-Risiko. Das Zinsänderungsrisiko lässt sich als das Risiko der Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufgrund einer Änderung der Zinssätze beschreiben. Das Spread-Risiko ist das Risiko, das als Zinsaufschlag (Credit Spread) für bestimmte Bonitätsklassen bei Eigenanlagen in Wertpapieren gegenüber dem risikolosen Zins auftritt.

Die quantitative Risikosteuerung der Marktrisiken erfolgt über Risikoindikatoren, Sensitivitäten, Value-at-Risk-Kennzahlen, Stresstests und Szenarioanalysen sowie über ökonomische Kapital Limite. Des Weiteren bilden Vorgaben zur Portfoliostruktur, zu neuen Produkten, Laufzeitbegrenzungen oder Mindest-Ratings den Rahmen für die qualitative Steuerung.

Risikokonzentrationen werden bei den Spread-Risiken durch spezifische Limite für Kontrahenten und Emittenten direkt begrenzt, bei den Zinsänderungsrisiken werden diese auf indirekte Weise vermieden, indem klassische Risikomaße, wie der Price Value of a Basispoint, der 200 Basispunkte Zinsshift und der Value at Risk zur Bewertung des Gesamtportfolios herangezogen und limitiert werden.

Liquiditätsrisiko

Unter dem dispositiven Liquiditätsrisiko wird das Risiko bewertet, dass die gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitnah oder vollständig erfüllt werden können. Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit führt die Bank regelmäßig Liquiditätsanalysen durch. Die dispositive Liquidität wird über ein internes Modell unter Berücksichtigung der instituts- und marktspezifischen Liquiditätsrisiken gesteuert. Dieses Modell ermittelt auf Grundlage der getroffenen Annahmen Ergebnisse für Normal-, Belastungs- und Stressszenarien. Die wesentlichen Liquiditätsrisikotreiber, die dem Stressszenario zugrunde liegen, sind ein stark erhöhter Abfluss von kurzfristigen Kundeneinlagen, eine überdurchschnittliche Ziehung von Kreditlinien, aus geschäftspolitischen Zwecken als notwendig erachtete Prolongationen von Aktivgeschäft sowie die Anwendung von höheren Risikoabschlägen auf den Liquidationswert von Vermögensgegenständen. Definierte Limitkorridore für Ober- und Untergrenzen generieren Steuerungsimpulse.

Das strukturelle Liquiditätsrisiko wird über den Liquidity Value-at-Risk gesteuert. Der Liquidity Value-at-Risk misst das Risikopotenzial aus Liquiditätsfristentransformation, das aufgrund von steigenden Refinanzierungsspreads durch Schließung von Liquiditätslücken innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer definierten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Das Refinanzierungsrisiko aus der Liquiditätsfristentransformation wird indirekt über ein ökonomisches Risikolimit begrenzt. Des Weiteren werden die mittelfristigen Refinanzierungslücken monatlich reportet. Darüber hinaus wird das strukturelle Refinanzierungsrisiko über die aufsichtsrechtliche Net Stable Funding Ration überwacht.

Marktliquiditätsrisiken können aufgrund von unzureichender Markttiefe bei Finanzinstrumenten schlagend werden. Die AXA Bank bezieht das Marktliquiditätsrisiko in ihre Betrachtungen bei der dispositiven Liquiditätssteuerung mit ein. Aufgrund der Anlagestrategie in risikoarme und notenbankfähige Schuldverschreibungen kann unabhängig vom Markt alternativ zum Verkauf eine Beleihung der Vermögenswerte erfolgen.

Risikokonzentrationen können, insbesondere im Falle einer Stresssituation, zu erhöhten Liquiditätsabflüssen und damit zu einem Anstieg des Liquiditätsrisikos führen. Durch eine kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung werden sich andeutende Risikokonzentrationen in der Refinanzierung zeitnah erkannt und durch geeignete Maßnahmen bereinigt.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken sind die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten. Rechtsrisiken sind dabei eingeschlossen.

Zur Messung der operationellen Risiken wird jährlich ein Risikoassessment durchgeführt. Schadensfälle werden ab 500 Euro in der zentralen Schadensfalldatenbank erfasst. Die Analyse der Schadensfälle durch das Risikomanagement ermöglicht ein Backtesting für das Risikoassessment und dient als Grundlage für Maßnahmenplanungen im Risikomanagementprozess.

Sonstiges Risiko

Sonstige Risiken umfassen Reputationsrisiken, strategische Risiken, allgemeine Geschäftsrisiken und Sicherheiten- und Restwertrisiken. In der Risikoinventur wurden diese Risiken als nicht wesentlich eingestuft. Eine Überwachung der Unwesentlichkeit erfolgt durch monatliche Soll/Ist Abgleiche im Rahmen des Planungsprozesses.

Zusammenfassung

Die AXA Bank hat mit ihren Risikogrundsätzen ein solides Fundament für das Risikomanagement und das Risikocontrolling gelegt. Mit dem installierten Risikomanagementprozess werden sämtliche wesentliche Risiken erfasst, gemessen, überwacht und gesteuert sowie die operationellen Risiken im Bankgeschäft minimiert.

Die derzeit bei der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation aller Risikoarten eingesetzten Verfahren werden kontinuierlich weiterentwickelt und an sich ändernde Marktgegebenheiten angepasst. Dadurch wird eine erfolgreiche Risikosteuerung auch künftig sichergestellt.

Aktuelle Risikosituation

Zum Berichtsjahresende stellen sich die ermittelten Risikopotenziale der wesentlichen Risikoarten wie folgt dar:

Ökonomische Kapitalanforderungen	Limit	Dez 17	Auslastung
Kreditrisiken	18.000.000 €	9.939.690 €	55,22%
Counterparty Risiken	3.000.000 €	1.053.441 €	35,11%
Zinsänderungsrisiken	6.000.000 €	1.725.362 €	28,76%
Spreadrisiken	7.000.000 €	3.293.892 €	47,06%
Liquiditätsrisiken	8.000.000 €	6.434.871 €	80,44%
Operationelle Risiken	4.000.000 €	3.076.000 €	76,90%
Risiken Gesamt	46.000.000 €	25.523.256 €	55,49%

Alle Einzellimite wurden am Jahresende eingehalten, die Risikoobergrenze in Höhe von 46 Mio. € wurde zu 25,5 Mio. € bzw. zu 55,5 % ausgelastet.

Die Risikoveränderung im Vergleich zum Vorjahr sah wie folgt aus:

Ökonomische Kapitalanforderungen	Dez 16	Dez 17	Delta
Kreditrisiken	9.546.828 €	9.939.690 €	392.862 €
Counterparty Risiken	2.007.284 €	1.053.441 €	-953.843 €
Zinsänderungsrisiken	3.848.118 €	1.725.362 €	-2.122.756 €
Spreadrisiken	4.390.006 €	3.293.892 €	-1.096.114 €
Liquiditätsrisiken	4.012.945 €	6.434.871 €	2.421.926 €
Operationelle Risiken	3.086.000 €	3.076.000 €	-10.000 €
Risiken Gesamt	26.891.181 €	25.523.256 €	-1.367.925 €

Die Kreditrisiken und strukturellen Liquiditätsrisiken stiegen wegen gewachsenen Kreditgeschäfts und höherer Liquiditätsfristentransformation an. Die Counterparty und Spread-Risiken sanken aufgrund geringerer Wertpapierbestände und verkürzte Restlaufzeiten. Die Zinsänderungsrisiken wurden deutlich reduziert. Der Abzugsbetrag für operationelle Risiken wird nach dem aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz ermittelt.

In 2016 sind von Kunden mehrfach Widerrufe wegen angeblich fehlerhafter Widerrufsbelehrung bei Verträgen mit Hypothekendarlehen eingegangen. Die Bearbeitung der Widerrufsfälle wird insbesondere für die Fälle, die gerichtlich geklärt werden, noch einige Zeit andauern. Im Gesamtjahr 2017 belief sich der Verlust aus fehlerhaften Widerrufsbelehrungen auf insgesamt 26,2 T€. Die Bank hat für dieses Rechtsrisiko eine angemessene Rückstellung gebildet.

Im Jahr 2017 hat die AXA Bank in Verbindung mit der Schließung und Liquidation offener Immobilienfonds nur noch einzelne Kundenbeschwerden und -anfragen erhalten. Für die zum Bilanzstichtag bestehenden Risiken wurde eine angemessene Rückstellung gebildet. Der Fortgang der Liquidationsverfahren und die Risiken weiterer Kundenbeschwerden können derzeit nicht abschließend eingeschätzt werden.

Prognose- und Chancenbericht

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2018

Die Konjunktur in Deutschland war im letzten Jahr durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,2 % gekennzeichnet. Auf Basis der im Herbst letzten Jahres vorgenommenen Planung und im Einklang mit der Prognose des Bundesverbands deutscher Banken haben wir für 2018 ein nur leicht verringertes Wachstum des BIP-Wachstums von ca. 1,9 % angenommen. Dieser aktuell sehr positiven Aussicht steht indes die Sorge vor einer weiteren Verzögerung der Regierungsbildung in Deutschland gegenüber. Jede Form von politischer Unsicherheit würde nach unserer Auffassung dem ökonomischen Klima in Deutschland abträglich sein und das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte niedriger ausfallen lassen.

Im Einklang mit der AXA-Gruppe rechnen wir im Jahresverlauf mit gleichbleibend niedrigen kurzfristigen Zinsen aber mit einer deutlichen Erholung des Zinsniveaus im langfristigen Bereich. Ab 2019 unterstellen wir eine Erholung des Zinsumfelds in allen Laufzeitbändern.

Bezüglich der relevanten Leistungsindikatoren planen wir ein zum Vorjahr abermals steigendes Kreditneugeschäft um ca. 15 % und eine entsprechend deutliche Zunahme des Bilanzvolumens. Bei den Einlagenprodukten erwarten wir weiterhin eine Steigerung, jedoch deutlich geringer als im vergangenen Jahr. Nach der erwarteten Reduktion im letzten Jahr erwarten wir für dieses Jahr trotz der weiter wachsenden bilanziellen Bestände nochmals einen leichten Rückgang des Zinsergebnisses gegenüber dem Vorjahr. Im Bereich des Depotgeschäfts rechnen wir aufgrund der weiter wachsenden Bestände an fondsgebundenem Lebensversicherungsgeschäft mit einem deutlich höheren Provisionsergebnis.

Nach der deutlichen Verringerung des Kostenniveaus in 2017 rechnen wir für diese Jahr aufgrund der gestiegenen Geschäftsaktivitäten mit moderat wachsenden Verwaltungsaufwendungen. Daraus resultierend planen wir für 2018 unter der Voraussetzung der gleichen Rahmenbedingungen mit einem gesteigerten Ergebnis nach Steuern in Höhe von ca. 4,0 Mio. Euro. Daraus resultierend gehen wir von einer Eigenkapitalrentabilität von ca. 7,0 % aus. Die Entwicklungen am Geld- und Kapitalmarkt könnten auf das Gesamtergebnis der Bank jedoch wesentlichen Einfluss nehmen.

Chancenbericht

„Die Finalisierung vieler regulatorischer Vorhaben gibt Raum für Investitionen in weiteres Wachstum“

Mit dem Ende der Legislaturperiode für den 18. Bundestag im letzten Jahr und mit den Einigungen im EU-Parlament sind viele der seit Ausbruch der Finanzkrise diskutierten zusätzlichen Regulierungsmaßnahmen verabschiedet und realisiert worden. Hierzu gehörten insbesondere große Vorhaben wie die europäische Finanzmarkttrichtlinie (MiFID II), der Aufbau einer granularen Kreditdatenstatistik (AnaCredit) oder die Wohnimmobilienkreditrichtlinie, aber auch viele Novellierungen, etwa beim Geldwäschebekämpfungsgesetz oder der Umsetzung des sogenannten Steuerumgehungsbekämpfungsgesetzes.

Die Umsetzung der zusätzlichen Regulierungsvorhaben hat in den vergangenen Jahren in der AXA Bank viele Ressourcen in Form von Investitionsbudgets, IT-Ressourcen und Mitarbeiterkapazitäten gebunden. Mit der Umsetzung der letzten Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie der Datenschutzgrundverordnung in diesem Jahr werden diese Anstrengungen auch in diesem Jahr noch nicht vorüber sein.

Dennoch geben uns die Finalisierungen der genannten Regulierungsvorhaben insbesondere im Depot- und Kreditgeschäft eine gewisse Planungssicherheit für die Weiterentwicklung unserer Produkte und Vertriebswege und schaffen neuen Raum für Investitionen, die wir für das weitere Wachstum der AXA Bank nutzen möchten.

Mit dem Inkrafttreten der Versicherungsvertriebsrichtlinie (IDD) in diesem Jahr werden sich die Standards für den Vertrieb von Versicherungs- und Bankprodukten zudem deutlich annähern. Wir sehen daher gute Chancen für eine weiter steigende Nachfrage nach unseren Bankprodukten im Exklusivvertrieb des AXA Konzerns. Das überraschend deutliche Wachstum im Einlagenbereich im letzten Jahr zeigt uns, welches Potenzial in diesem Vertriebsweg weiterhin steckt, ohne dass hierzu marktunübliche Preiskonditionen nötig wären.

Die im historischen Vergleich immer noch hohen Kosten für langfristige Refinanzierungen haben in den letzten Jahren unsere Wachstumsmöglichkeiten in der Vergabe von langfristigen Krediten gebremst. Wir werden uns in diesem Jahr verstärkt diesem Problem widmen, um unser Wachstum in diesem Segment eventuell noch weiter als geplant steigern zu können.

Inwieweit demgegenüber die von der AXA Deutschland vor einigen Tagen kommunizierte Fokussierung in der betrieblichen Altersversorgung sowie die Veränderungen in einem Sonderbestand des Lebensversicherungsgeschäfts Auswirkungen auf das Provisionsergebnis haben werden, wird sich im Laufe des Jahres zeigen.

Köln, 30. Januar 2018

Der Vorstand

Frank Tressat

Florian Frenzel

Jan Metzging

Klaus Schön

JAHRESABSCHLUSS

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

<i>(in EURO bzw. TEURO (2016))</i>	2017	2016
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	9.116.699,75	5.007
darunter:	9.116.699,75	5.007
bei der Deutschen Bundesbank	9.116.699,75 Euro	
(Vorjahr: 5.007 Tsd. Euro)		
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	6.940.139,79	5.908
b) andere Forderungen	-	-
	6.940.139,79	5.908
4. Forderungen an Kunden	655.816.443,45	514.027
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert	463.385.166,24 Euro	
(Vorjahr: 295.766 Tsd. Euro)		
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	241.829.263,65	313.528
darunter:		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	241.829.263,65 Euro	
(Vorjahr: 313.528 Tsd. Euro)		
bb) von anderen Emittenten	-	-
darunter:	241.829.263,65	313.528
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 Euro	
(Vorjahr: 0 Tsd. Euro)		
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	17.712,64	26
7. Beteiligungen	741,38	1
darunter:		
an Kreditinstituten	0,00 Euro	
(Vorjahr: 0 Tsd. Euro)		
12. Sachanlagen	-	-
14. Sonstige Vermögensgegenstände	20.844.975,74	15.766
15. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
16. Aktive latente Steuern	915.855,25	1.436
17. Akt. Unterschiedsbetrag a.d. Vermögensverrechnung	-	-
Summe der Aktiva	935.481.831,65	855.699

Passiva

(in EURO bzw. TEURO (2016))		2017	2016
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	1.351.901,52		94.563
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	76.839.250,17		80.392
		78.191.151,69	174.955
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen	-		-
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	387.906.286,32		358.584
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	381.796.165,95		233.203
		769.702.452,27	591.787
		769.702.452,27	591.787
5. Sonstige Verbindlichkeiten		13.822.662,69	19.087
6. Rechnungsabgrenzungsposten		394.821,08	1.185
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.193.033,44		7.935
b) Steuerrückstellungen	2.256.921,74		149
c) andere Rückstellungen	3.315.151,77		3.426
		13.765.106,95	11.510
12. Eigenkapital			
a) Gezeichnetes Kapital	25.053.302,18		25.053
b) Kapitalrücklage	28.956.944,37		28.957
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	1.859.568,57		1.860
cc) satzungsmäßige Rücklagen	185.598,95		186
cd) andere Gewinnrücklagen	41.370,75		41
		2.086.538,27	2.087
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.508.852,15		1.078
			0
		59.605.636,97	57.175
Summe der Passiva		935.481.831,65	855.699
1. Eventualverbindlichkeiten			
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		27.619.106,22	33.030
2. Andere Verpflichtungen			
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		119.197.702,06	208.245
		146.816.808,28	241.275

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

(in EURO bzw. TEURO (2016))		2017	2016
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	22.426.094,20		21.865
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>2.768.084,38</u>		<u>4.674</u>
	25.194.178,58		26.539
2. Zinsaufwendungen		9.063.318,87	9.711
		16.130.859,71	16.828
3. Laufende Erträge aus			
b) Beteiligungen		831,60	1
5. Provisionserträge		52.221.726,87	45.699
6. Provisionsaufwendungen		47.341.438,44	42.991
		4.880.288,43	2.708
8. Sonstige betriebliche Erträge		586.805,20	315
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	2.809.379,46		2.692
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter:	583.410,88		996
für Altersversorgung	178.038,05 Euro		
(Vorjahr: 584 Tsd. Euro)		<u>3.392.790,34</u>	<u>3.688</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>8.300.460,78</u>	<u>13.263</u>
		11.693.251,12	16.951
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		-	-
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.011.537,51	544
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		3.094.857,89	1.302
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		775.997,04	1.045
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		6.575.135,46	2.100
20. Außerordentliche Erträge		-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen		-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.070.147,46	999
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		24,31	25
27. Jahresüberschuss		3.504.963,69	1.076
28. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		3.888,46	2
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		-	-
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		-	-
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen		-	-
34. Bilanzgewinn		3.508.852,15	1.078

Anhang

Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung

Allgemeines

Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie der geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der besonderen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) erstellt.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt in der Staffelform gemäß Formblatt 3 der RechKredV.

Barreserve

Die Barreserve wird zu Nennwerten bilanziert.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden mit den Anschaffungskosten zuzüglich Zinsabgrenzungen ausgewiesen. Alle Kreditengagements werden einer laufenden Beurteilung unterzogen, um mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen. Auf der Grundlage dieser individuellen Risikobewertung wird, sofern notwendig, eine Einzelwertberichtigung gebildet. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird entweder individuell oder für bestimmte identifizierte Gruppen anhand eines pauschalisierten Verfahrens ermittelt.

Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch Bildung einer pauschalen Wertberichtigung auf den nicht einzelwertberichtigten Gesamtforderungsbestand Rechnung getragen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder bei einer dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren Börsenkurs am Jahresende zuzüglich Zinsabgrenzungen bewertet. Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip höchstens zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsenkurswert am Jahresende zuzüglich Zinsabgrenzungen bewertet. Zwei festverzinsliche Wertpapiere sind dem Anlagevermögen, alle anderen dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Wertpapiere werden wie Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen

Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten oder zu dem niedrigeren beizulegenden Wert bei voraussichtlich dauernder Wertminderung bewertet.

Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Aktive latente Steuern

Die Bemessung der latenten Steuern wurde auf der Basis der temporären Ansatz- und Bewertungsunterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz und dem verbleibendem Verlustvortrag aus Körperschaftsteuer vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag zuzüglich Zinsabgrenzungen passiviert. Abgezinste Produkte werden mit ihrem Barwert erfasst und über die verbleibende Laufzeit auf den Rückzahlungsbetrag aufgezinnt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten werden gemäß § 250 Abs. 3 HGB und § 340e Abs. 2 HGB Agio- bzw. Disagio- und Abzinsungsbeträge ausgewiesen und zeitanteilig abgegrenzt.

Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen für leistungsorientierte Pensionszusagen erfolgte nach der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) unter Berücksichtigung aktueller Sterblichkeits- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, zukünftiger Gehalts- und Lohnsteigerungen mit 2,5 % und Rentendynamik mit 1,75 % sowie eines durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen zehn Geschäftsjahre, ermittelt durch die Deutsche Bundesbank. Dabei wird eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Im Berichtszeitraum wurde ein Rechnungszins von 3,67 % (2016: 4,0 %) in Ansatz gebracht. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck. Die Pensionsrückstellungen wurden mit dem sogenannten Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 HGB zum Zeitwert verrechnet.

Der Ansatz der Jubiläumsrückstellungen erfolgte nach der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) unter Berücksichtigung aktueller Sterblichkeits- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, zukünftiger Gehalts- und Lohnsteigerungen mit 2,5 % und eines durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre, ermittelt durch die Deutsche Bundesbank. Dabei wird eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Im Berichtszeitraum wurde ein Rechnungszins von 2,79 % (2016: 3,22 %) in Ansatz gebracht. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck.

Bei der Ermittlung des Wertes wurden nur die Verpflichtungen gegenüber solchen Mitarbeitern einbezogen, die am Bilanzstichtag mindestens zehn Jahre in den Diensten des Unternehmens standen.

Für die Bürgschaften im Rahmen der forderungsverkauften Hypothekenkredite zu Gunsten der AXA Lebensversicherung AG sowie für ungewisse Verbindlichkeiten haben wir angemessene Rückstellungen gebildet.

Die Bank überprüft auf der Grundlage eines barwertigen Betrachtungsansatzes jährlich, ob eine Erfordernis für die Bildung einer Drohverlustrückstellung für Geschäfte mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs (§ 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB) besteht. Die Berechnungen zum Bilanzstichtag haben ergeben, dass kein Verpflichtungsüberschuss besteht, sodass die Bildung einer Drohverlustrückstellung nicht erforderlich ist.

Steuerrückstellungen und Andere Rückstellungen wurden in Höhe Ihres Erfüllungsbetrages gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung mit den durch die Deutsche Bundesbank bereitgestellten Abzinsungssätzen abgezinst.

Negative Zinsen

Die gezahlten negativen Zinsen aus Geldanlagen werden im Zinsertrag erfasst und reduzieren die Zinserträge. Erhaltene negative Zinsen aus Geldaufnahmen werden entsprechend im Zinsaufwand erfasst und mindern somit die Höhe der ausgewiesenen Zinsaufwendungen.

Angaben zur Bilanz

Aktivposten

1. Forderungen an Kreditinstitute nach Restlaufzeiten

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
b) andere Forderungen		
bis drei Monate	0,00	0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0,00	0
mehr als fünf Jahre	0,00	0
Insgesamt	0,00	0
darunter: Fremdwährungsposten	0,00	0

2. Forderungen an Kunden nach Restlaufzeiten

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Unbestimmte Laufzeit	6.866.876,38	1.753
bis drei Monate	54.426.999,31	49.967
mehr als drei Monate bis ein Jahr	27.157.380,93	18.513
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	99.091.815,78	90.482
mehr als fünf Jahre	468.273.371,05	353.312
Insgesamt	655.816.443,45	514.027

Bei den Forderungen an Kunden ist ein nachrangiges Darlehen an die Deutsche Ärzteversicherung AG, Köln, in Höhe von 10 Mio. Euro enthalten.

3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Bestand der Schuldverschreibungen und anderen nicht festverzinslicher Wertpapiere	241.829.263,65	313.528
davon Anlagevermögen	32.198.105,47	32.164
davon Umlaufvermögen	209.631.158,18	281.364

Der gesamte Bestand an Schuldverschreibungen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist börsennotiert.

Die beiden Wertpapiere der Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) sind dem Anlagevermögen zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Alle anderen Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet. Es besteht eine Kurswertreserve in Höhe von 4,4 Mio. Euro.

Ein Wertpapierbestand in Höhe von 118,7 Mio. Euro befinden sich im Sicherheitendepot der Deutschen Bundesbank und ist zum Jahresende mit 53,5 Mio. Euro zu Gunsten der Offenmarktgeschäfte verpfändet.

Im Jahr 2018 werden Wertpapiere im Volumen von 10,0 Mio. Euro (Buchwert per 31.12.2017) fällig.

4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Bestand der Aktien und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere	17.712,64	26

Bei dem gesamten Bestand handelt es sich um börsenfähige Wertpapiere des Umlaufvermögens, es besteht keine Kurswertreserve.

5. Anlagevermögen

in Euro	Anschaffungskosten	Zugänge GJ	Abgänge GJ	Zuschreibungen insgesamt	Abschreibungen insgesamt	Restbuchwert 31.12.2017	Restbuchwert 31.12.2016	Abschreibung Geschäftsjahr
a) Sachanlagen								
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Finanzanlagen	31.819.441,38	0,00	0,00	152.528,75	0,00	31.971.970,13	31.937.716,00	0,00
Beteiligungen	741,38	0,00	0,00	0,00	0,00	741,38	741,38	0,00
Anleihen	31.818.700,00	0,00	0,00	152.528,75	0,00	31.971.228,75	31.936.974,62	0,00
Insgesamt	31.819.441,38	0,00	0,00	152.528,75	0,00	31.971.970,13	31.937.716,00	0,00

Die Zuschreibungen bei Finanzanlagen resultieren ausschließlich aus Amortisierungen der unter Pari erworbenen Wertpapiere.

Die Beteiligungen enthalten keine börsennotierten Wertpapiere und wurden mit den Anschaffungskosten beziehungsweise den dauerhaft niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Insgesamt	20.844.975,74	15.766

Die sonstigen Vermögensgegenstände resultieren hauptsächlich aus Forderungen an verbundene Unternehmen sowie Abrechnungsforderungen aus dem Depotgeschäft.

7. Forderungen an verbundene Unternehmen

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Forderungen an Kreditinstitute	6.426.472,28	5.202
Forderungen an Kunden	10.000.000,00	10.000
Sonstige Vermögensgegenstände	7.061.128,34	6.008

Bei den Forderungen an verbundene Unternehmen handelt es sich um kurzfristige Forderungen gegenüber der AXA Bank Belgium S.A., um Abrechnungsforderungen an sonstige verbundene Unternehmen aufgrund konzerninterner Dienstleistungsverträge sowie um ein Darlehen an die Deutsche Ärzteversicherung AG, Köln, in Höhe von 10 Mio. Euro.

8. Aktive latente Steuern

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Insgesamt	915.855,25	1.436

Die im Jahresabschluss ausgewiesenen aktiven latenten Steuern in Höhe von 916 Tsd. Euro resultieren im Wesentlichen aus abweichenden Wertansätzen in der Handels- und Steuerbilanz aus der Bilanzierung von Pensions- und Jubiläumsrückstellungen. Für die Bewertung wurde ein Steuersatz von 32 % zugrunde gelegt. Die aktive latente Steuer löst keine Ausschüttungssperre aus, da ausreichend freie Rücklagen vorhanden sind.

Passivposten

9. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten nach Restlaufzeiten		
in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	88.818,49	89
mehr als drei Monate bis ein Jahr	48.317,62	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	70.385.913,36	68.520
mehr als fünf Jahre	6.316.200,70	11.783
Insgesamt	76.839.250,17	80.392

10. Verbindlichkeiten ggü. Kunden nach Restlaufzeiten		
in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
b) andere Verbindlichkeiten		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	30.389.952,86	18.195
mehr als drei Monate bis ein Jahr	94.228.784,81	63.318
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	140.328.731,45	101.006
mehr als fünf Jahre	116.848.696,83	50.684
Insgesamt	381.796.165,95	233.203

11. Sonstige Verbindlichkeiten		
in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Insgesamt	13.822.662,69	19.087

Die sonstigen Verbindlichkeiten resultieren hauptsächlich aus Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

12. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		
in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Insgesamt	394.821,08	1.185
davon Disagio- bzw. Abgrenzungsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB	1.999,74	731

13. Rückstellungen für Pensionen oder ähnliche Verpflichtungen (§ 285 Nr. 25 HGB)		
in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Insgesamt	8.193.033,44	7.935
darunter: Barwert der Pensionsverpflichtungen	8.858.196,00	8.601
Zeitwert des Deckungsvermögens	665.162,56	666

Die leistungsorientierten Pensionszusagen, welche im Allgemeinen auf Dienstzeit und Entgelt der Mitarbeiter basieren, werden teilweise durch Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 HGB gesichert. Die durch die Unternehmen unwiderruflich auf den Trust, den DBV-Winterthur Vorsorge e.V., übertragenen Finanzmittel werden ausschließlich zur Bedeckung der von den Mitgliedsunternehmen an deren Mitarbeiter erteilten Pensionszusagen verwendet und sind durch Verpfändung der Ansprüche aus den Vermögenswerten an die Versorgungsberechtigten dem Zugriff etwaiger Gläubiger entzogen. Die Pensionsrückstellungen werden mit dem Deckungsvermögen verrechnet. Nach § 246 Abs. 2 HGB werden zudem die Zinsaufwendungen für die Altersversorgung vermindert um die Zinserträge aus dem Deckungsvermögen ausgewiesen. Der nach § 253 Abs. 6 HGB ermittelte Unterschiedsbetrag in Höhe von 890 Tsd. Euro löst keine Ausschüttungssperre aus, da ausreichend freie Rücklagen vorhanden sind.

Der Zeitwert des Planvermögens entspricht dem Deckungskapital der zugrundeliegenden Rückdeckungsversicherungen und flüssigen Mitteln und damit den Anschaffungskosten.

Gemäß Pensionsgutachten ergibt sich ein saldierter Zinsbetrag in Höhe von 583 Tsd. Euro, der sich zusammensetzt aus dem Zinsaufwand für die Aufzinsung in Höhe von 330 Tsd. Euro, dem Effekt aus der Änderung des Rechnungszinses in Höhe von 296 Tsd. Euro und den Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 43 Tsd. Euro.

Zusätzlich bestehen Pensionszusagen gegen Entgeltumwandlung. Diesen Pensionsverpflichtungen stehen Erstattungsansprüche aus kongruenten, konzerninternen Rückdeckungsversicherungen in gleicher Höhe gegenüber (114 Tsd. Euro), welche an den Versorgungsberechtigten verpfändet sind. Dabei entspricht der Zeitwert den historischen Anschaffungskosten. Bei den Rückdeckungsversicherungen handelt es sich um Deckungsvermögen im Sinne von § 246 Abs. 2 HGB, so dass aufgrund der Saldierung auf einen Ausweis verzichtet werden kann. Der Aufwand für diese Pensionszusagen ist gleich dem Beitragsaufwand zu den Rückdeckungsversicherungen und wird von den Arbeitnehmern getragen.

14. Steuerrückstellungen

Die im Geschäftsjahr 2017 bilanzierten Steuerrückstellungen in Höhe von 2,3 Mio. Euro resultierten im Wesentlichen (2,1 Mio. Euro) aus den für das Geschäftsjahr 2017 gebildeten Rückstellungen für Körperschaftsteuer (864 Tsd. Euro), Solidaritätszuschlag (47 Tsd. Euro) und Gewerbesteuer (1,2 Mio. Euro).

15. Andere Rückstellungen

Die Rückstellungen für Vorruehstandsverpflichtungen wurden teilweise mit Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 HGB gesichert. Im Rahmen des AXA Vorsorgeplans wurden Mittel beim AXA Mitarbeiter Treuhand e.V. zur Insolvenzversicherung hinterlegt. Der Erfüllungsbetrag der Rückstellung beträgt 226,4 Tsd. Euro. Von diesem Betrag wird Deckungsvermögen in Höhe von 226,4 Tsd. Euro abgezogen. Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens belaufen sich auf 201,1 Tsd. Euro. Der Unterschiedsbetrag in Höhe von 26,3 Tsd. Euro unterliegt einer Ausschüttungssperre.

In den anderen Rückstellungen ist ein Betrag in Höhe von 612 Tsd. Euro für das Rechtsrisiko aus der Falschberatung im Rahmen der Liquidationen offener Immobilienfonds enthalten. Die Berechnung des Risikos wurde an die aktuelle Sachlage in 2017 angepasst und die Prozesskosten von 10 % auf 5 % des Streitwertes zurückgenommen. Zusätzlich wurde eine Rückstellung in Höhe von 557 Tsd. Euro für das Risiko aus der Beraterhaftung im Kreditgeschäft, trotz geringerer Inanspruchnahme in 2017, nicht weiter reduziert, um das latente Risiko entsprechend abzubilden.

Weiterhin sind in den anderen Rückstellungen 566 Tsd. Euro für ausstehende Provisionen an Vermittler sowie personenbezogene Rückstellungen in Höhe von 652 Tsd. Euro enthalten.

Die anderen Rückstellungen sind ausschließlich als kurzfristig zu betrachten.

16. Eigenkapital

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	31.12. 2017	Geschäftsjahr Einstellung	Geschäftsjahr Entnahme	31.12. 2016
a) gezeichnetes Kapital	25.053.302,18	0,00	0,00	25.053
b) Kapitalrücklage	28.956.944,37	0,00	0,00	28.957
c) Gewinnrücklagen				0
ca) gesetzliche Rücklage	1.859.568,57	0,00	0,00	1.860
cb) satzungsmäßige Rücklage	185.598,95	0,00	0,00	186
cc) andere Gewinnrücklagen	41.370,75	0,00	0,00	41
	2.086.538,27	0,00	0,00	2.087
d) Bilanzgewinn	3.508.852,15	3.504.963,69	1.074.080,00	1.078
Insgesamt	59.605.636,97	3.504.963,69	1.074.080,00	57.175

Die Kapitalrücklage setzt sich aus 3.579 Tsd. Euro gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB und aus 25.378 Tsd. Euro gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB zusammen.

17. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.351.901,52	562
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	33.883.052,74	30.350
Sonstige Verbindlichkeiten	12.692.755,29	14.666
Insgesamt	47.927.709,55	45.578

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus banküblichem Geschäftsverkehr. Die sonstigen Verbindlichkeiten resultieren aus konzerninternen Dienstleistungsverträgen.

18. Eventualverbindlichkeiten

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
1.b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	27.619.106,22	33.030

Die Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen aus Bürgschaften für den Kreditausfall der verkauften Hypothekenkredite zu Gunsten der AXA Lebensversicherung AG, daraus bestehen keine besonderen Risiken. Dem Risiko bei den Eventualverbindlichkeiten wird durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen.

19. Andere Verpflichtungen

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	119.197.702,06	208.245

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen bestehen keine besonderen Risiken, dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch die Bildung von pauschalen Wertberichtigungen Rechnung getragen. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus den Auszahlungen der in 2016 zugesagten Kredite und geringeren offenen Kreditzusagen am Jahresende 2017.

Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

20. Aufteilung nach geographischen Märkten (§ 34 Abs. 2 Nr. 1 RechKredV)

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	Inland	Ausland	insgesamt 2017	insgesamt 2016
Zinserträge	22.277.687,02	2.916.491,56	25.194.178,58	26.539
Laufende Erträge aus Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen	831,60	0,00	831,60	1
Provisionserträge	50.631.906,48	1.589.820,39	52.221.726,87	45.699
Sonstige betriebliche Erträge	586.805,20	0,00	586.805,20	315
Insgesamt	73.497.230,30	4.506.311,95	78.003.542,25	72.554

21. Zinserträge/-aufwendungen

Im Zinsergebnis sind kumulierte Zinsaufwendungen in Höhe von 2.226 Tsd. Euro aus Swap-Kontrakten, sowie negative Zinsen in Höhe von 8 Tsd. Euro verbucht.

22. Provisionserträge

In den Provisionserträgen ist ein Betrag in Höhe von 800 Tsd. Euro für die Leistungen aus dem Kooperationsvertrag zur Intensivierung der Versicherungsvermittlung von Altersvorsorgeprodukten an Konzerngesellschaften enthalten.

23. Sonstige betriebliche Erträge / Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind im Wesentlichen die Umlagenerstattung aus 2016 des Einlagensicherungsfonds in Höhe von 186 Tsd. Euro, Kursdifferenzen in Höhe von 122 Tsd. Euro Erträge und 238 Tsd. Euro Aufwendungen aus der zeitlich verzögerten Abwicklung zwischen den Kundenaufträgen und den Abrechnungen mit den Kapitalverwaltungsgesellschaften sowie Erträge in Höhe von 223 Tsd. Euro aus der Auflösung von nicht benötigten Rückstellungen aus Vorjahren, insbesondere für das Risiko aus Fondsgeschäft mit Offenen Immobilienfonds in Höhe von 103 Tsd. Euro, enthalten.

Die Zinszuführung für die Pensionsrückstellungen in Höhe von 583 Tsd. Euro wurden für das Jahr 2017 erstmals in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen verbucht. Im Vorjahr wurde die Zinszuführung in Höhe von 173 Tsd. Euro im Verwaltungsaufwand gebucht.

24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

in Euro bzw. Tsd Euro (2016)	2017	2016
Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag	2.549.728,23	597
Latente Steuern	520.419,23	402
Insgesamt	3.070.147,46	999

Die Position enthält Aufwendungen aus Gewerbesteuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 1.556 Tsd. Euro sowie Gewerbesteuer für Vorjahre in Höhe 7 Tsd. Euro. Zudem beinhaltet die Position Körperschaftsteuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 935 Tsd. Euro und 0,2 Tsd. Euro für Vorjahre sowie Aufwendungen zum Solidaritätszuschlag des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 51 Tsd. Euro und 0 Tsd. Euro für Vorjahre. Zusätzlich resultieren aus der Nutzung der steuerlichen Verlustvträge Aufwände aus der Auflösung aktiver latenter Steuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 520 Tsd. Euro.

Sonstige Angaben

Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer während des Geschäftsjahres (§ 285 Nr. 7 HGB)

Gruppen	2017			2016		
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt
Leitende Angestellte	6	1	7	6	1	7
Angestellte	17	12	29	17	14	31
Stipendiaten/Praktikanten	1	1	2	1	1	2
Auszubildende	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	24	14	38	24	16	40

Bezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrats (§ 285 Nr. 9a HGB)

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Vergütungen an den Aufsichtsrat	7.500,00	8

Bezüglich der Bezüge der Vorstände machen wir von § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Bezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen (§ 285 Nr. 9b HGB)

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Bezüge für frühere Mitglieder	161.535,36	153
Noch nicht ausgewiesener Zuführungsbetrag Pensionsverpflichtungen	0,00	0
Pensionsverpflichtungen	1.949.475,00	1.911

Derivative Finanzinstrumente (§ 285 Nr. 19 HGB)

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)			2017	2016	
Art des Geschäftes	Zinsvereinbarung	Laufzeit bis	Nominal	Marktwert	Marktwert
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	5 J. fest/6 Mon. var.	01.05.2020	5.000.000,00	-68.156,92	-95
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	5 J. fest/6 Mon. var.	01.05.2020	5.000.000,00	-71.801,44	-100
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	6 J. fest/6 Mon. var.	27.01.2022	10.000.000,00	-44.847,89	-106
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	20.05.2025	10.000.000,00	-253.886,73	-397
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	29.05.2025	5.000.000,00	-110.561,75	-180
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	23.06.2025	7.500.000,00	-296.036,58	-419
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	13.07.2025	10.000.000,00	-351.279,09	-509
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	27.08.2025	12.000.000,00	-369.027,57	-550
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	26.10.2025	2.000.000,00	-46.970,21	-75
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	17.12.2025	3.500.000,00	-83.336,22	-134
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	27.01.2026	10.000.000,00	-93.817,41	-218
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	10 J. fest/6 Mon. var.	23.11.2026	10.000.000,00	68.345,01	-45
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	15 J. fest/6 Mon. var.	27.01.2031	10.000.000,00	-88.895,83	-310
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	15 J. fest/6 Mon. var.	23.11.2031	20.000.000,00	398.553,59	-43
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	15 J. fest/6 Mon. var.	23.01.2032	20.000.000,00	168.416,93	0
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	15 J. fest/6 Mon. var.	17.02.2032	15.000.000,00	-43.747,59	0
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	18 J. fest/ 6 Mon. Var	11.05.2035	20.000.000,00	-80.166,43	0
Festzinszahler-Swap (Plain Vanilla)	19 J.fest/ 6 Mon. Var	11.07.2036	20.000.000,00	-562.609,25	0
			195.000.000,00	-1.929.825,38	-3.181

Da die Swap-Kontrakte der Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch dienen, wurden diese in die "Verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs" (IDW RS BFA 3) einbezogen und auf eine Drohverlustrückstellung in Höhe des negativen Marktwertes von 1.930 Tsd. Euro wurde daher verzichtet. Alle Swap-Kontrakte sind mit der AXA Bank Belgium S.A., geschlossen.

Forderungen und Haftungsverhältnisse gegenüber Organmitgliedern (§ 34 Abs. 2 Nr. 2 RechKredV)

in Euro bzw. Tsd. Euro (2016)	2017	2016
Aufsichtsratsmitglieder	0,00	0

Konzernzugehörigkeit

(§ 285 Satz 1 Nr. 14 HGB und § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG)

Nach den vorliegenden Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 4 AktG hält die AXA Konzern AG, Köln, 100 % am Grundkapital unserer Gesellschaft. Im Verhältnis zur AXA Konzern AG, Köln, sind wir ein Konzernunternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG in Verbindung mit § 18 Abs. 1 AktG.

Die AXA Bank AG, Köln, wird in den Konzernabschluss der AXA S. A., Paris, als kleinsten und größten Kreis von Unternehmen, zum 31. Dezember 2017 einbezogen. Der Konzernabschluss der AXA S.A., Paris, wird bei der französischen Finanzaufsichtsbehörde in Paris (Autorités des Marchés Financiers) unter RCS (Registre du Commerce et des Sociétés) 572 093 920 hinterlegt.

Der Abschluss der AXA Bank AG wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Abschlussprüferhonorar

(§ 285 Satz 1 Nr. 17 HGB)

Abschlussprüfer des AXA Bank AG ist die PricewaterhouseCoopers GmbH. Die an die PricewaterhouseCoopers GmbH gezahlten Honorare sind nachfolgend nach vier Honorararten, gemäß § 285 Abs. 1 Nr. 17 HGB, aufgeführt:

in Euro bzw. Tsd Euro (2016)	2017	2016
Abschlussprüfungsleistungen	220.342,01	242
andere Bestätigungsleistungen	184.077,89	182
Steuerberatungsleistungen	0,00	0
sonstige Leistungen	0,00	46
Insgesamt	404.419,90	470

Bei den anderen Bestätigungsleistungen handelt es sich um Leistungen für die Prüfung nach § 36 des Wertpapierhandelsgesetzes für das Geschäftsjahr 2017.

Geschäfte mit nahestehenden Personen

(§ 285 Satz 1 Nr. 21 HGB)

Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Personen oder Unternehmen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, wurden nicht getätigt.

Aktive latente Steuern

(§ 285 Satz 1 Nr. 29 HGB)

Der Bestand der aktiven latenten Steuern zum 31.12.17 basiert im Wesentlichen auf steuerlichen Verlustvorträgen, die durch Beendigung der Organschaft wieder aufleben, sowie auf Bewertungsunterschieden aus Pensionsrückstellungen. Zur Bewertung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz in Höhe von 32 %

herangezogen. Im Hinblick auf die Bewertung des körperschaftsteuerlichen und gewerbsteuerlichen Verlustvortrags wurde eine getrennte Bewertung mit dem gewichteten Steuersatz vorgenommen.

Ausschüttungsgesperrte Beträge

Die folgende Tabelle zeigt die zum 31. Dezember 2017 ausschüttungsgesperrten Beträge.

in Euro bzw. Tsd Euro (2016)	2017	2016
Aktive latente Steuern	915.855,25	1.436
Unterschiedsbetrag zwischen durchschnittlichem Marktzins von 10 und 7 Jahren zur Abszinsung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen	890.276,00	753
Insgesamt	1.806.131,25	2.189

Die ausschüttungsgesperrten Beträge lösen keine Ausschüttungssperre aus, da ausreichend freie Rücklagen vorhanden sind.

Nachtragsbericht: Ereignisse nach dem Abschlussstichtag

(§ 285 Nr. 33 HGB)

Nach dem Abschluss des Geschäftsjahres 2017 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich wesentlich auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft auswirken.

Länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country-Reporting)

(§ 26a Abs. 1 Nr. 2 KWG)

Die Bank hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bank ist als Finanzdienstleistungsinstitut tätig, die Geschäftstätigkeiten bestehen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen, fondgebundene Vermögensverwaltungskonzepte zur Verfügung zu stellen und Kredite auf eigene Rechnung zu gewähren.

Die Bank definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Beteiligungen, Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 beträgt 21,6 Mio. Euro (Vorjahr: 19,9 Mio. Euro).

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 38, gegenüber 40 im Vorjahr.

Der Gewinn vor Steuer beträgt 6,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro) und die darauf entfallende Steuer beträgt 3,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro).

Die Bank hat im Geschäftsjahr 2017 keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

(§ 35 Abs. 1 Nr. 5 RechKredV)

Die Bank hat in folgenden Bereichen Dienstleistungen gegenüber Dritten für Verwaltung und Vermittlung erbracht:

- Depotverwaltung
- Vermögensverwaltung
- Vermittlung von Investmentfondsanteilen

Zusammensetzung des Aktienkapitals

(§ 160 Abs. 1 Nr. 3 AktG)

Das Aktienkapital setzt sich aus 3.920 auf den Inhaber lautenden stimmberechtigten Stückaktien zusammen.

Köln, 30. Januar 2018

Der Vorstand

Frank Tressat

Florian Frenzel

Jan Metzing

Klaus Schön

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der AXA Bank AG, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der AXA Bank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht war folgender Sachverhalt am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir den besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

- **Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft**

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Kreditforderungen in Höhe von € 655,8 Mio. (70,1% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Für das Kreditportfolio besteht zum 31. Dezember 2017 eine bilanzielle Risikovorsorge bestehend aus Einzel- und Pauschalwertberichtigungen. Die Bemessung der Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft wird insbesondere durch die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, die Struktur und Qualität der Kreditportfolios sowie gesamt-wirtschaftliche Einflussfaktoren bestimmt. Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bei den Kundenforderungen entspricht der Differenz zwischen dem noch ausstehenden Kreditbetrag und dem niedrigeren Wert, der ihm am Abschlussstichtag beizulegen ist. Bestehende Sicherheiten werden berücksichtigt. Die Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft sind zum einen betragsmäßig für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft von hoher Bedeutung und zum anderen mit erheblichen Ermessensspielräumen der gesetzlichen Vertreter verbunden. Darüber hinaus haben die angewandten, mit wesentlichen Unsicherheiten behafteten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit der Ausgestaltung der Kontrollen im relevanten internen Kontrollsystem der Gesellschaft beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Dabei haben wir die Geschäftsorganisation, die IT-Systeme und die relevanten Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Kundenforderungen, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen der

Gesellschaft bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Bei Objektsicherheiten, für die uns die Gesellschaft Wertgutachten vorgelegt hat, haben wir uns ein Verständnis über die zugrunde liegenden Ausgangsdaten, die angewandten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Ferner haben wir zur Beurteilung der vorgenommenen Einzel- und Pauschalwertberichtigungen die von der Gesellschaft angewandten Berechnungsmethoden sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Parameter gewürdigt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Angemessenheit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Kreditportfolios von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Prozesse der Gesellschaft überzeugen.

3. Die Angaben der Gesellschaft zur Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft sind im Abschnitt Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung des Anhangs und in den Abschnitten Ertragslage und Adressenausfallrisiko des Lageberichts enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote). Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Überein-

stimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellte deutsche Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshand-

lungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangten Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 7. April 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 7. April 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2001 als Abschlussprüfer der AXA Bank AG, Köln, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Michael Peters.

Düsseldorf, den 20. März 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

ppa. Michael Meteling
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat die Tätigkeiten des Vorstandes im abgelaufenen Geschäftsjahr entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht und sich während des gesamten Jahres 2017 fortlaufend von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und des Rechnungswesens überzeugt.

In zwei Sitzungen wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand eingehend mündlich und schriftlich gemäß § 90 Aktiengesetz (AktG) über die allgemeine Geschäftsentwicklung, über das Erreichen der geplanten Ziele für das laufende Geschäftsjahr und die Vorschau für die künftigen Perioden sowie über grundlegende Angelegenheiten der Geschäftsführung unterrichtet. Dabei wurden die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und Entwicklung der Gesellschaft ausführlich besprochen. Der Aufsichtsrat wurde vom Vorstand weiterhin umfassend über die Risikosituation informiert. Zudem wurden ihm alle erforderlichen und angefragten Auskünfte und Informationen zur Erfüllung seiner Aufgaben gemäß § 25d KWG vom Vorstand erteilt.

In der Sitzung am 7. April 2017 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Bericht des Vorstandes über den Geschäftsverlauf 2016 und dem vorgelegten Jahresabschluss; hierzu erfolgte auch eine Berichtserstattung durch den Abschlussprüfer. In der gleichen Sitzung stellte der Vorstand die endgültige Planung für 2017 vor, die vertiefend erörtert wurde. Zudem berichtete der Vorstand dem Aufsichtsrat über die Interne Revision sowie über Compliance und Risikomanagement im Geschäftsjahr 2016, inklusive eines Ausblicks auf das Geschäftsjahr 2017. Im Weiteren informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über die aktuellen Projekte wie z.B. die Aktivitäten im Bereich Einmalbeitrag sowie die Maßnahmen im Bereich Digitalisierung. Weiterhin hat der Aufsichtsrat in dieser Sitzung über die variable Vergütung für den Vorstand beschlossen. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat in dieser Sitzung über das Thema Frauenquote diskutiert und einen Beschluss zur Frauenquote für den Aufsichtsrat gefasst. Ferner befasste sich der Aufsichtsrat mit dem Thema Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer.

In seiner Sitzung am 20. Oktober 2017 informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über den bisherigen Geschäftsverlauf im laufenden Jahr und gab einen Kurzbericht über die vorläufige Planung 2018. Strategische Prioritäten der Planung für 2018 sind das Kundenerlebnis sowie die Verbesserung der Refinanzierung. Der Vorstand berichtete darüber hinaus über den aktuellen Stand der laufenden Projekte. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat dabei unter anderem über die Ergebnisse der Nachprüfung der Einlagensicherung sowie den aktuellen Status in Bezug auf die Behebung von Feststellungen des Abschlussprüfers informiert. Außerdem hat sich der Aufsichtsrat in dieser Sitzung mit den Anforderungen der Institutsvergütungs-Verordnung und dabei insbesondere auch mit den bestehenden Vergütungssystemen für den Vorstand sowie für die leitende Mitarbeiter und Mitarbeiter mit variabler Vergütung befasst.

Der Aufsichtsrat hat mit dem Präsidium, dem Kreditausschuss und dem Risikoausschuss drei Ausschüsse eingerichtet, die 2017 insgesamt 5 Sitzungen abgehalten haben. Hierüber ist der Aufsichtsrat jeweils umfassend informiert worden.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats wird zudem vom Vorstand umfassend durch monatliche Berichte über die Geschäftsentwicklung und -lage informiert. Durch regelmäßige Besprechungen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden werden Fragen der Geschäftsführung zeitnah erörtert und vertieft. Über hierdurch zur Kenntnis des Vorsitzenden gelangte wichtige Angelegenheiten sowie über die Entwicklung des Kreditportfolios werden die weiteren Mitglieder des Aufsichtsrates laufend unterrichtet.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 sind von zum Abschlussprüfer bestellten PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden.

Der Abschlussprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht lagen dem Aufsichtsrat unverzüglich nach der Aufstellung vor. Ebenso wurde der Bericht des Abschlussprüfers allen Mitgliedern des Aufsichtsrates fristgerecht vorgelegt. Darüber hinaus hat der Abschlussprüfer in der bilanzfeststellenden Sitzung des Aufsichtsrats für ergänzende Erläuterungen zur Verfügung gestanden. Dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresergebnisses geprüft. Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und schließt sich dem Vorschlag für die Gewinnverwendung an. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Im Aufsichtsrat der Bank sind im Berichtsjahr folgende personelle Veränderungen eingetreten:

Herr Christian Hein hat mit Wirkung zum Ablauf des 28. November 2017 sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats niedergelegt. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Hein für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Im Vorstand der Bank sind im Berichtsjahr keine personellen Veränderungen eingetreten.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt für ihre Leistungen im Jahr 2017 unser ganz besonderer Dank. Unser Dank gilt auch den betriebsrätlichen Gremien sowie dem Unternehmens-Sprecherausschuss der Leitenden Angestellten für die sehr engagierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Köln, im April 2018
Für den Aufsichtsrat

Dr. Patrick Dahmen
Vorsitzender

IMPRESSUM

Herausgeber

AXA Bank AG
Colonia-Allee 10-20
51067 Köln

Postanschrift

Postfach 920342
51153 Köln

Tel.: 0221 148-41111
Fax: 0221 148-38901
E-Mail: service@axabank.de

Redaktion:
AXA Konzern AG, Köln
Unternehmenskommunikation

Satz:
LSD GmbH & Co. KG
Düsseldorf

Druck:

Printed in Germany